

Zur ersten Frage, zu den Kriterien für eine ungefähre Soll-Spanne bzw. für ein Schuldenzielband: Der Bundesrat sagt dazu, auch wenn die schweizerische Schuldenquote, inklusive Kantone und Gemeinden, vergleichsweise tief sei, sei ein weiterer massvoller Schuldenabbau sinnvoll. Das scheint akzeptabel, gerade wenn man das massvoll im Auge hat. Allerdings lässt sich der Bundesrat nicht in die Kriterienkarten blicken, was eigentlich Ziel meiner Frage war. Ich gehe nicht davon aus, dass das EFD keine Vorstellung davon hat, welche Schuldenhöhe und -entwicklung verträglich ist und welche nicht mehr.

Zur zweiten Frage, zum Verschuldungszielband für die nächsten fünf Jahre: Der Bundesrat stellt richtigerweise fest, dass es keinen Konsens unter den Ökonomen darüber gibt, welche Schuldenhöhe langfristig tragbar oder gar anzustreben sei. Diese Einsicht dürfte mittlerweile auch für jene gelten, die von der berühmten, aber falsch berechneten 90-Prozent-Regel von Rogoff und Reinhart Kenntnis genommen haben. Zum Verschuldungszielband äussert sich der Bundesrat logischerweise nicht, nachdem er die erste Frage nicht beantwortet hat.

Am klarsten nimmt der Bundesrat zu einem allfälligen Konnex mit dem Wechselkurs Stellung. Er meint, eine Schwächung der Schweizer Schuldenposition zur Verminderung des Safe-Haven-Effekts könne nicht das Ziel sein. In dieser etwas eindimensionalen Art habe ich mich auch nicht geäussert. Immerhin darf man der Auffassung sein, dass zu einem Safe Haven eben verschiedene Faktoren beitragen und letztlich alles mit allem zusammenhängt.

Zur dritten Frage, zum Handlungsbedarf: Richtigerweise schreibt der Bundesrat, die Frage der Schuldenentwicklung sei nicht isoliert zu betrachten. Diese Aussage scheint mir eigentlich zentral. Mit anderen Worten: Von Jahr zu Jahr tiefere Schulden, unabhängig vom Schuldenstand, von anderen wichtigen nationalen und internationalen ökonomischen Grössen und von den Notwendigkeiten des Landes, das kann nicht das Gelbe vom Ei sein.

Ich begrüsse die Aussicht auf die noch in diesem Jahr zu erwartende Beantwortung des Postulates Graber Jean-Pierre 10.4022, bei der dann hoffentlich mehr zum Thema zu erfahren sein wird.

In diesem Sinne: Danke und auf Wiederhören!

12.3337

### **Motion SPK-NR. Grenzkontrollen, wenn Dublin nicht eingehalten wird**

### **Motion CIP-CN. Contrôles aux frontières en cas de non-respect de l'accord de Dublin**

Nationalrat/Conseil national 14.06.12

Ständerat/Conseil des Etats 04.06.13

**Il presidente** (Lombardi Filippo, presidente): Avete ricevuto un rapporto scritto della commissione. La commissione chiede con 8 voti contro 0 e con 4 astensioni di accogliere la mozione. Il Consiglio federale propone di respingere la mozione.

**Niederberger** Paul (CE, NW), für die Kommission: Die SPK-NR verlangt in der Motion 12.3337 vom 18. April 2012 Folgendes: Der Bundesrat soll beauftragt werden, die Kontrolle an den Grenzen zu jenen Staaten zu verstärken, die das Dublin-Abkommen nicht befriedigend umsetzen. Am 14. Juni 2012 hat der Nationalrat die Motion mit 105 zu 68 Stimmen

angenommen. Der Bundesrat beantragt Ablehnung der Motion.

Es geht bei der Motion nicht darum, eine systematische Grenzkontrolle einzuführen. Das ist gemäss Artikel 23 der Verordnung (EG) Nr. 562/2006 des Schengener Grenzkodex ausgeschlossen. Es wäre bei rund einer Million Menschen, welche täglich die Grenze überschreiten, auch nicht möglich, das umzusetzen. Es geht aber darum, mehr zu tun als heute.

Dem Bundesrat kann zugutegehalten werden, dass er dem Grenzwachtkorps (GWK) 24 zusätzliche Stellen bewilligt hat. Nach Meinung der Kommission sollten die Verbesserung und die Verstärkung kontinuierlich fortgesetzt werden. Die Geschäftsprüfungskommission des Ständerates hat im Jahre 2010 die strategische Führung sowie das Aufgaben- und Ressourcenmanagement der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) geprüft. Es wurden in diesem Zusammenhang dem Bundesrat Empfehlungen unterbreitet. Ich greife eine dieser Empfehlungen heraus, es ist die Empfehlung Nummer 5. Es ging darum, Aufgaben und Kompetenzen des GWK klar zu regeln. Zu dieser Empfehlung schreibt der Bundesrat unter anderem: «Er» – der Bundesrat – «hält fest, dass sowohl der zivile Teil der EZV als auch das GWK einen Beitrag zur Sicherheitspolitik leisten ... Das GWK leistet zudem einen Beitrag zur Bekämpfung der illegalen Migration, zu den Personen-, Fahrzeug- und Sachfahndungen und zur Aufdeckung von Dokumentenfälschungen.» So weit der Bundesrat.

Nach Meinung der vorberatenden Kommission, der SPK-SR, sollte diese Aufgabe eben noch verstärkt werden. Deshalb beantragt sie Ihnen mit 8 zu 0 Stimmen bei 4 Enthaltungen, die Motion anzunehmen.

**Widmer-Schlumpf** Eveline, Bundesrätin: Der Bundesrat beantragt Ihnen die Ablehnung dieser Motion, und zwar aus folgenden Gründen: Wir haben heute ein System, das an sich funktioniert. Auch wenn es gewisse Lücken hat: Die Zusammenarbeit im Schengen-Raum und mit Italien im Rahmen von Dublin funktioniert. Wir haben Ihnen die Zahlen gegeben, die zeigen, dass wir im Jahr 2012 pro Monat durchschnittlich 248 Personen überstellen konnten. 2011 waren es nur 190; die Situation verbessert sich also, und die Zusammenarbeit funktioniert besser.

Wir sind der Auffassung – das hat Herr Ständerat Niederberger auch gesagt –, dass die rechtlichen Voraussetzungen für die Wiedereinführung von Grenzkontrollen an sich nicht erfüllt sind. Vor allem kann man heute, obwohl zunehmend Probleme entstehen, nicht sagen, dass wegen der Migrationsströme aus Nordafrika eine schwerwiegende Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder der inneren Sicherheit vorliegen würde – das wäre ja eine der Voraussetzungen für eine unilaterale Massnahme. Die EU-Organe haben sich darauf geeinigt – das haben Sie sicher, wie wir auch, den Medien entnommen –, dass es künftig möglich sein soll, Grenzkontrollen auch dann wieder einzuführen, wenn die massenhafte Ankunft von Flüchtlingen befürchtet wird. Das war der Inhalt einer Medienmitteilung, die wir auch erhalten haben. Aber dieser Meccano kann nicht von einem Mitgliedstaat allein ausgelöst werden, sondern die Mitgliedstaaten müssen ihn gemeinsam auslösen.

Der Ablauf ist dann folgender: Die EU-Kommission unterbreitet den Mitgliedstaaten einen Vorschlag für die Wiedereinführung der nationalen Grenzkontrollen; der Entscheid darüber obliegt dann den EU-Innenministern und geht als Empfehlung an die Mitgliedstaaten. Mit anderen Worten: Ein blosser Migrationsdruck reicht nicht aus; es müsste der Schutz der Schengen-Zone als Ganzes bedroht sein. Das sind die Voraussetzungen. Hier läuft etwas, aber wir haben nicht die Möglichkeit, von unserer Seite her unilateral etwas zu machen.

Worauf wir auch immer wieder hinweisen: Wir sind nicht in der Zollunion, und damit haben wir natürlich eine Möglichkeit, die andere Länder nicht haben. Unsere Zollbeamten – d. h. die Beamten des administrativen Zolls – haben die Möglichkeit, zusammen mit dem Grenzwachtkorps Kontrol-

len durchzuführen. Wenn eine Warenkontrolle stattfindet, haben wir damit immer auch die Möglichkeit, eine eigentliche Grenzkontrolle zu machen. Ich denke, wir sind hier in einer guten Position.

Wir möchten Ihnen beantragen, die Motion abzulehnen. Ich habe darauf hingewiesen, dass auf EU-Niveau, d. h. im Schengen-Raum, Bestrebungen laufen, die dann ein einheitliches Vorgehen ermöglichen würden.

#### Abstimmung – Vote

Für Annahme der Motion ... 17 Stimmen

Dagegen ... 6 Stimmen

(2 Enthaltungen)

13.3229

### Interpellation Recordon Luc. Cyberkrieg und Cyberkriminalität. Wie gross sind die Bedrohungen, und mit welchen Massnahmen können sie bekämpft werden?

#### Interpellation Recordon Luc. Ampleur de la menace et mesures de lutte contre la cyberguerre et la cybercriminalité

Ständerat/Conseil des Etats 04.06.13

**Il presidente** (Lombardi Filippo, presidente): L'autore dell'interpellanza è parzialmente soddisfatto della risposta del Consiglio federale e chiede una breve discussione. – Non vi sono obiezioni.

**Recordon Luc** (G, VD): En effet, la réponse du Conseil fédéral va au-devant d'une partie de mes préoccupations et apporte un certain nombre de réponses.

Je voudrais ici rappeler que la cybercriminalité, qu'il faut bien distinguer de la cyberguerre, puisque la seconde concerne uniquement les conflits interétatiques au moyen de cyberattaques, sont toutes deux de véritables plaies qui ne cessent de croître. En effet, vous aurez constaté que les deux plus grandes puissances mondiales, qui ne sont plus les Etats-Unis et la Russie – l'Union soviétique précédemment – mais les Etats-Unis et la Chine, se livrent de plus en plus à une sorte de guerre-test, si on peut le dire ainsi, depuis quelques années, ou plutôt depuis un petit nombre d'années. Il y a des tentatives de part et d'autre de bloquer les systèmes, et notamment la République populaire de Chine héberge une quantité tout à fait impressionnante de sites ou de serveurs capables de mener des attaques extrêmement inquiétantes. Les Etats-Unis ne sont certes pas en reste, et à vrai dire nous n'avons pas à nous réjouir qu'il y ait deux et non pas un acteur principal dans ce domaine.

En effet, nous pouvons être la cible des uns comme des autres. Il n'est pas très connu en général que certains des départements fédéraux ont fait l'objet d'attaques, peut-être d'attaques-tests, peut-être de mesures de rétorsion de personnes mécontentes de telle ou telle mesure que notre pays avait prise. D'ailleurs, si je n'ai pas cité la Russie pour l'instant, c'est parce qu'elle est un peu moins forte dans ce domaine que la Chine et les Etats-Unis, mais il est clair qu'elle a été à l'origine de la première attaque spectaculaire contre l'Estonie, à une époque où il y avait un conflit sur la situation des ressortissants de langue russe dans ce pays. Donc, là encore, nous avons affaire à un acteur assez préparé et agressif.

Je pense qu'à terme, nous devons considérer que les principales attaques seront menées par ce moyen. En effet, il est

extrêmement économique: il y a très peu de pertes en vies humaines – zéro pour l'attaquant; en revanche, il peut y avoir des dégâts très importants au niveau de l'Etat attaqué. Là, le parallèle se justifie avec la cybercriminalité, parce que, pour des raisons de chantage par exemple, profitant du risque encouru, il se peut que des groupes purement privés mènent ce genre d'attaque. Là encore, c'est extrêmement économique: il faut une grande maîtrise technique sans doute, il faut des appareils relativement sophistiqués, mais en revanche le risque de rétorsion est quasi nul. En effet, en l'état des moyens, il est très difficile de remonter à la véritable source, qui – un peu comme dans le domaine de la finance – se cache derrière des écrans, non pas des sociétés-écrans, mais des écrans d'ordinateurs.

Face à cela, les réponses du Conseil fédéral montrent qu'il a pris conscience de l'importance du problème. Il a mené récemment – on l'a appris par les médias – un exercice qui s'est révélé assez probant. En revanche, j'aurais besoin de quelques compléments par rapport à la réponse écrite que j'ai pu obtenir.

Il me semble que l'inquiétude n'est pas encore tout à fait assez grande, car, même si le service appelé Melani me fait bonne impression, j'aimerais être sûr qu'il est capable de porter assistance au besoin aussi aux services de l'armée, laquelle ne me paraît pas très fortement dotée dans ce domaine. Quand je lis que 28 postes ont été créés dans ce secteur, à l'aune du danger et des moyens que nous mettons pour la défense militaire classique – dont l'efficacité, de même que la pertinence et l'utilité sont, à mes yeux, de plus en plus douteuses –, je me demande s'ils ne sont pas très en dessous des besoins et s'il ne faudrait pas réaffecter des moyens affectés à la défense classique – blindés, fantassins – à la lutte contre la cybercriminalité et surtout contre la cyberguerre.

Puis, la seconde question a trait aux relations internationales. J'ai suggéré dans mon interpellation que l'on aille vers une convention internationale. Certains accords existent, mais ils sont assez discrets et limités. Il me semble que, lorsque nous avons eu l'occasion de recevoir les plus hautes autorités chinoises, il y a quelques jours, dans notre pays, ça aurait dû être – peut-être cela a-t-il été le cas, Madame la conseillère fédérale Widmer-Schlumpf me le dira – l'occasion de poser la question de savoir si ce pays, à l'instar des Etats-Unis, peut-être de la Russie et évidemment de tous les autres, ne veut pas entrer dans une logique d'apaisement dans ce domaine.

A terme, je pense qu'on peut causer un tort extrêmement considérable à l'ensemble des pays, à leur commerce, à la qualité de leurs relations, si on laisse pourrir la situation petit à petit, par des attaques plus ou moins vicieuses. Chaque pays dit qu'il ne contrôle pas ceux qui les lancent, ce qui est probablement vrai dans un bon nombre de cas, mais on est à peu près persuadé que, dans une quantité de ces occurrences, les pays sont actifs et en tout cas ne font pas grand-chose pour se défendre.

D'où ma question: est-ce qu'il ne faut pas, Madame la conseillère fédérale, se montrer plus vigoureux, plus actifs dans la recherche d'un accord international exigeant et pointu, incluant bien entendu les trois principaux pays que j'ai cités – Chine, Etats-Unis et Russie?

**Widmer-Schlumpf Eveline**, Bundesrätin: Zur Frage von Ständerat Recordon, wie wir uns international verhalten, wie wir versuchen, mit anderen Staaten zusammen dieses Problem in den Griff zu bekommen: Unsere nationale Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyberisiken (NCS) verstärkt die internationale Zusammenarbeit, hat sie bereits verstärkt und wird sie weiter verstärken für eine wirksame Minimierung dieser Cyberisiken. Es ist Ihnen bekannt: Wir nehmen an den Massnahmen verschiedener Organisationen teil, wie OSZE, «Londoner Prozess», Cybercrime-Konvention des Europarates, um auf diesem Weg mit anderen Staaten zusammen das Problem zu bekämpfen oder zu bewältigen.

Zur Frage der personellen Mittel: Wir haben 28 Stellen geschaffen. Das ist so. Das reicht an sich nicht. Wir haben